## **FALLBEISPIEL**

- I. Dreiköpfige Familie: Mutter (70 Jahre), Sohn (40), Tochter (30)
- 2. Tochter hat erhebliche körperliche Einschränkungen: spastische Lähmung, angewiesen auf Rollstuhl, keine Fähigkeit zu sprechen
- 3. Herkunftsland Tunesien, medizinische Basisversorgung ist dort gewährleistet
- 4. Sohn hat einen Aufenthaltsstatus in Deutschland nach § 28 Abs. I AufenthG wegen eines deutschen Kindes mit seiner Partnerin. Die Mutter und Tochter haben keinen Status.
- 5. Die tatsächliche Pflege kann nur von Mutter und Sohn gemeinschaftlich übernommen werden, da die Mutter körperlich nicht mehr so leistungsfähig ist

## RECHTLICHER RAHMEN

- Abschiebungsverbot nach § 60 Abs. 5 AufenthG?
  - Art. 3 EMRK "unmenschliche oder erniedrigende Behandlung", Verelendung
  - Problem: Basisversorgung in Tunesien wohl sichergestellt
- Reiseunfähigkeit? "nur" wegen spastischer Lähmung eher (-)
- Aufenthalt nach § 25 Abs. 5 AufenthG oder Duldung wg. Familie?
  - Schutz der Familie: Art. 6 Abs. I GG , Art. 8 EMRK
  - Umfasst auch Pflege durch Angehörige jenseits der Kernfamilie (Bundesverfassungsgericht - 2 BvR 130/10 -)

## PRAKTISCHE PROBLEME

- Dokumentation der Einschränkungen der Tochter
  - Ärzt\*innen, Beratungsstellen, Kosten für Gutachten etc.
  - Grad der Behinderung, Pflegegrad und ges. Betreuung führen zur behördlichen Einholung von Gutachten, die helfen können
  - Ges. Betreuung durch den Stammberechtigten kann aufenthaltsrechtlich helfen, ist ansonsten aber eigentlich nicht unbedingt zu empfehlen
- Aufenthaltsrecht der stammberechtigten Person muss gesichert sein!
  - Diesem muss die Ausreise "unzumutbar" sein, da reicht nicht jeder legale Aufenthalt
- Abhängigkeitsverhältnis ("Lebenshilfe") muss sehr gut dokumentiert sein
  - Stellungnahmen, Gutachten zum Pflegegrad, Pflegetagebuch, eidesstattliche Versicherungen, Fotos
- Nur durch engmaschige Betreuung und Spezialisierung faktisch durchsetzbares Aufenthaltsrecht
  - Spezialisierte anwaltliche Vertretung
  - Soziale Unterstützung bei der Erlangung notwendiger Dokumente
  - Problem der Finanzierung solcher Verfahren